



# Ratsreport

20. März 2018

# Inhalt

Parkplätze und Supermärkte mit Wohnungen überdachen	3
Schulbau muss endlich insgesamt oberste Priorität bekommen	4
Standort Kalkberg aufgeben	5
Kurz notiert	6
» Sofortmaßnahmen am Bahnknoten Köln	6
» Wohnungsbau in Köln weiter auf Talfahrt	6
» Mehr Fachkräfte in den Bereichen Erziehung und Pflege!	6
» Ehemalige ÖPP-Lobbyisten sollen Stadt beraten	7
» Michael-Ende-Schule bekommt Gymnastikhalle	7
» Ebertplatz: Vorübergehende Maßnahmen bis zum Umbau	7
» Förderung für Kultur beschlossen	7
» Reinigung auch weiterhin aus einer Hand	8
» Stadt fördert Gründerzentrum für Computerspiel-Entwickler	8





Martin Börschel: „Auf Parkplätzen und über vielen Supermärkten können jetzt auch in Köln neue Wohnungen entstehen – zusätzlich zur bisherigen Nutzung.“ Bildquelle: GEWOFAG Roland Weegen

## Parkplätze und Supermärkte mit Wohnungen auf Stelzen überdachen

**In München sind 100 Wohnungen in 180 Tagen gebaut worden. Börschel: Wir brauchen kreative Idee gegen die Wohnungsnot. Frenzel: Vorbilder aus anderen Städten in Köln umsetzen.**

100 preisgünstige Wohnungen in 180 Tagen bauen, mitten in der Stadt – geht das? Was wie Utopie klingt, hat München geschafft, und zwar über dem Parkplatz eines Freibades. Die SPD-Fraktion will diese kreative Idee gegen die Wohnungsnot auf Köln übertragen. Die anderen Fraktionen folgten unserer Initiative mit großer Mehrheit.

SPD-Fraktionschef Martin Börschel: „Das ist ein guter Schritt in die richtige Richtung. Köln wächst und braucht dringend neue und bezahlbare Wohnungen. Aber die Flächen sind knapp. Mit solch kreativen Ideen können wir den knappen Raum in der Stadt besser nutzen. Das heißt, auch dreidimensional zu denken: Auf Parkplätzen und über vielen Supermärkten können jetzt auch in Köln neue Wohnungen entstehen – zusätzlich zur bisherigen Nutzung.“

Als Flächen für diese Wohnungen auf Stelzen kommen größere Parkplätze sowohl der

Stadt Köln, der KVB oder an Stadien in Frage, aber auch Kundenparkplätze etwa von Supermärkten und Discountern. Die Parkplätze bleiben dabei weitgehend erhalten. Auch Lebensmittelmärkte selbst, bei denen es sich oft nur um einstöckige Gebäude handelt, können mit Wohnungen aufgestockt werden.

Michael Frenzel, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der Kölner SPD-Fraktion: „Nach unserer Vorstellung nimmt die Stadtverwaltung mit den Eigentümern der Grundstücke Kontakt auf, auf denen Wohnungen auf Stelzen in Frage kommen. Gleiches gilt für freistehende Lebensmittelmärkte. Für neue Märkte soll die Stadt den Wohnungsbau als Bedingung vorgeben. An der Spree plant ein Discounter insgesamt 2.000 Wohnungen über neu gebauten Filialen. Wir sind sicher, es gibt reichlich Potenzial auch in Köln.“

Unser Antrag:

<https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=652581&type=do&>

Gemeinsamer Beschluss:

<https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=654800&type=do&>

# Schulbau muss endlich insgesamt oberste Priorität bekommen

## Weiteres Maßnahmenpaket für den Schulbau kann nur ein Schritt sein

Die SPD-Fraktion fordert weiterhin, dass der Schulbaunotstand endlich wirkungsvoll bekämpft wird. Das bedeutet für uns:

- **Der Schulbau muss oberste Priorität haben – bei der Gebäudewirtschaft und in den anderen beteiligten Ämtern.** Die Verwaltungsvorgänge müssen endlich besser gesteuert werden und ineinander greifen, wenn die Stadtverwaltung den baulichen Notstand auflösen will.
- **Eine Gesamtstrategie muss aufzeigen, wie der Weg aus dem baulichen Notstand heraus für alle Schulen aussieht.** Einzelne Maßnahmenpakete für den Schulbau, wie wir heute wieder eines auf den Weg gegeben haben, sind ein wichtiger Schritt, lösen aber nicht das gesamte Problem. Alle Schulen, die auf

eine dringende Bau- oder Sanierungsmaßnahme warten, wollen wissen, wie es weitergeht. Das geht nur, wenn man eine Gesamtidee hat.

Dazu Inge Halberstadt-Kausch, baupolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion: „Der Schulbau muss endlich oberste Priorität innerhalb der Stadtverwaltung haben. Dafür sind optimierte Prozesse und eine effiziente Organisationsstruktur zwingend. Die Gebäudewirtschaft muss wieder in die Lage versetzt werden, Aufträge zeitnah abzuwickeln. Sie hat mehr als 200 Baumaßnahmen abzuwickeln. Das wird nicht funktionieren, wenn wir uns im Kleinklein von einem Maßnahmenpaket zum nächsten hangeln. Wir erwarten eine Antwort darauf, wie es insgesamt für die Schulen weitergeht.“

Unsere Position:

<https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=653999&type=do&>



Inge Halberstadt-Kausch: „Der Schulbau muss endlich oberste Priorität innerhalb der Stadtverwaltung haben. Wir erwarten eine Antwort darauf, wie es insgesamt für die Schulen weitergeht.“

# Standort Kalkberg aufgeben

**Köln braucht Rettungshubschrauber-Station, aber nicht am Kalkberg. Paetzold: Sanierung der Halde abschließen. Krupp: Merheim keine Alternative.**

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln spricht sich gegen den Kalkberg als Standort für eine Betriebsstation für Rettungshubschrauber aus. Michael Paetzold, gesundheitspolitischer Sprecher: „Ein Rettungshubschrauber auf dem Stadtgebiet ist für uns nach wie vor unerlässlich und hat höchste Bedeutung für die medizinische Notfallversorgung der Kölnerinnen und Kölner. Wir dürfen uns aber auch nicht den Tatsachen verschließen. Die zwischenzeitlichen Erkenntnisse und Erfahrungen mit dem Kalkberg machen deutlich: Der Standort ist nicht weiter aufrecht zu halten.“

Die Sanierung des Kalkbergs muss natürlich trotzdem abgeschlossen werden, und zwar „unter den Kriterien Sicherheit der Bevölkerung und Gesundheitsschutz der Anwohner“, so Paetzold weiter. Ein externer Gutachter muss nun potentielle Standorte für die Hubschrauberbetriebs-Station zu prüfen.

„Der von der Verwaltung und der CDU-Fraktion nun wieder ins Spiel gebrachte Standort Merheim kommt dabei für uns nicht in Frage“, sagt Gerrit Krupp, örtliches Ratsmitglied. „Wir müssen hier glaubwürdig bleiben. Schon bei der letzten Prüfung wurde Merheim als Standort ausgeschlossen. Seitdem ist dort ein großes Wohngebiet mit vielen Familien entstanden. Eine Betriebsstation für den Rettungshubschrauber kommt schon deshalb deshalb dort jetzt nicht mehr in Betracht.“

Krupp fordert die Stadtverwaltung auf, über die bereits genannten zwei Varianten weitere mögliche Alternativen zum Kalkberg zu finden und zu begutachten. Krupp: „Seit der letzten Standortprüfung sind viele Jahre vergangen. Es macht Sinn, die Standortfrage unter allen aktuellen Erkenntnisse neu aufzunehmen und sich nicht auf wenige Alternativen zu beschränken.“

Unsere Position:

<https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=654786&type=do&>



Michael Paetzold: „Die zwischenzeitlichen Erkenntnisse und Erfahrungen mit dem Kalkberg machen deutlich: Der Standort ist nicht weiter aufrecht zu halten.“ By © Raimond Spekking / CC BY-SA 4.0 (via Wikimedia Commons), CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=45626727>

# Kurz notiert

## Sofortmaßnahmen am Bahnknoten Köln

Bund und Land sollen gegenüber der Deutschen Bahn (DB) auf Sofortmaßnahmen für mehr Kapazitäten an den Knotenbahnhöfen Köln Hbf und Köln Messe/Deutz drängen. Dazu fordert der Kölner Stadtrat Bund und Land in einer heute verabschiedeten Resolution auf. Auch die Zweckverbandsversammlung des Nahverkehr Rheinland (NVR) hatte diesen Schritt im März fraktionsübergreifend beschlossen. Die Fraktionen im Rat der Stadt Köln wollen den barrierefreien Ausbau zwischen den Fernverkehrsbahnsteigen im Bahnhof Messe/Deutz sowie eine Zwei-Terminal-Lösung. Diese soll mit der kurzfristigen Umbenennung der beiden Kölner Bahnhöfe vorangetrieben werden. Ein weiterer Punkt ist die schnelle Entlastung des Streckenabschnitts zwischen Hauptbahnhof und Köln-Mülheim. Dafür soll untersucht werden, ob Fern- und Nahverkehrszüge häufiger über die Südbrücke fahren können. Das würde auch die Situation am Hauptbahnhof und auf der Hohenzollernbrücke entspannen.

<https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=654467&type=do&>

## Wohnungsbau in Köln weiter auf Talfahrt: Wir fordern Stellungnahme der Verwaltung!

Die vorläufige Landesstatistik für 2017 lässt es erahnen: Die Anzahl der Baugenehmigungen für dringend benötigte neue Wohnungen ist dramatisch eingebrochen. Die SPD-Fraktion will von der Verwaltung wissen: Wie dramatisch ist die Entwicklung bei Baugenehmigungen und Baufertigstellungen? Wie viele Häuser befinden sich noch im Bau? Sind die vielen bislang offenen Stellen im Baubereich endlich besetzt? Und wo

bleibt das längst angekündigte Wohnungsbauprogramm 2030?

Die Fragen blieben bislang offen. Ein Schelm, der Böses dabei denkt. Die SPD-Fraktion bleibt dran!

<https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?kvonr=73984&vo-select=18385>

## Resolution des Rates: Köln braucht dringend mehr Fachkräfte in den Bereichen Erziehung und Pflege! Land und Bund sind gefordert.

Die SPD-Fraktion hält es für unverzichtbar, dass in den Kitas unserer Stadt sowie in den Krankenhäusern und Pflegeheimen auch in Zukunft genügend gut qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen. Der Fachkräftemangel zeichnet sich jedoch in beiden Bereichen schon jetzt ab und wird sich in den kommenden Jahren verschärfen. „Bund und Land sind gefragt, hier endlich aktiv gegenzusteuern“, erläutert Ralf Heinen, jugendpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion. „Die Erziehungs- und Pflegeberufe müssen attraktiver für junge Menschen werden und wir brauchen schlichtweg gerade in den großen Ballungsräumen mehr Ausbildung. Der Bedarf ist riesengroß!“

Mit einer mit großer Mehrheit beschlossenen Resolution wendet der Rat sich daher auf Initiative der SPD-Fraktion an die Bundes- und Landesregierung.

<https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?kvonr=74084&vo-select=18385>

## **Ehemalige ÖPP-Lobbyisten sollen Stadt beraten. Vom Saulus zum Paulus?**

Die Kämmerin hat dem Rat vorgeschlagen, dass die Stadt Anteile an der Partnerschaft Deutschland GmbH (PD) erwirbt. Bei dieser Gesellschaft handelt es sich um einen ehemaligen Lobbyisten für Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP), der zwischenzeitlich sein Geschäftsmodell geändert hat und nun vollständig der öffentlichen Hand gehört. Nach eigener Aussage liegt eine der Kernkompetenzen aber nach wie vor in der Beratung zu ÖPP-Projekten. Für die Stadt hätte der Erwerb der Anteile den Vorteil, dass sie die PD zukünftig außerhalb des Wettbewerbs unmittelbar mit Beratungsleistungen beauftragen dürfte.

Die SPD-Fraktion sieht den Vorgang insgesamt sehr kritisch und lehnt den Erwerb der Anteile an ab. Aus unserer Sicht gibt es keine überzeugenden Gründe, warum sich die Stadt an einen ehemaligen ÖPP-Lobbyistenverein binden sollte. Auch das Rechnungsprüfungsamt des Rates hatte Bedenken angemeldet. Im Finanzausschuss konnten weder die Kämmerin noch der Geschäftsführer der PD diese Bedenken ausräumen. Daher hat die Kämmerin die Vorlage zunächst zurückgezogen. Dass die Kämmerin laut Presseberichten im Beirat der PD sitzt, wirft übrigens nochmal ein besonderes Schlaglicht auf den Vorgang. Wir schauen weiter ganz genau hin und bleiben an dem Thema dran!

## **„1,2,3,4 – eine Halle brauchen wir! 5,6,7,8 – sonst wird hier kein Sport gemacht!“**

Der lange Atem der Schüler, Lehrer und Eltern der Michael-Ende-Schule in Ehrenfeld wird endlich belohnt. Noch im Sommer letzten Jahres hatten sie vor dem Rathaus lautstark auf den Mangel aufmerksam gemacht.

Jetzt gibt es endlich einen Beschluss für die Planung der mehr als überfälligen Gymnastikhalle und die neue Toilettenanlage. Die SPD-Fraktion freut sich für die Michael-Ende-Schule!

[https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_kvonr=70229&vo-select=18385](https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=70229&vo-select=18385)

## **Ebertplatz: Vorübergehende Maßnahmen bis zum Umbau beschlossen**

Den Ebertplatz zurückgewinnen – das ist Ziel der Zwischennutzung, die der Rat beschlossen hat und für die es nun ein weiterentwickeltes Konzept gibt. Der Ebertplatz soll ab 2021 grundlegend umgestaltet werden. Bis dahin werden zusammen mit den Anwohnerinnen und Anwohnern, insbesondere mit den Kindern und Jugendlichen, Zwischennutzungen entwickelt und ausgeführt. Ziel ist es, ein vielfältiges Programm mit Kunst und Kultur, Spiel und Sport sowie Märkten zu verwirklichen. Hinzu kommen temporäre Umgestaltungen des Platzes wie ein Lichtkunstprogramm. Auch der Brunnen („wasserkinetische Plastik“) wird saniert und wieder in Betrieb genommen. Ergänzt wird das Konzept durch ein Gastronomieangebot.

[https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_kvonr=73370&vo-select=18385](https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=73370&vo-select=18385)

## **Förderung für Kultur beschlossen**

Temporary Gallery, Ensemble Musikfabrik, Literaturhaus Köln und Landesbüro Tanz: Für wichtige Kulturinstitutionen hat der Rat heute finanzielle Förderungen beschlossen. Der erste Anlauf im Februar war noch am Widerstand der schwarz-grünen Mehrheit gescheitert. Zu groß war wohl der Wunsch,

lieber Institutionen zu bedienen, die den Parteien nahestehen. Am Ende aber zählt, dass die Kultureinrichtungen gesichert sind und die Kölnerinnen und Kölner weiterhin mit ihrer ausgezeichneten Arbeit erfreuen können.

### **Reinigung auch weiterhin aus einer Hand**

**Neue Leistungsverträge mit den Abfallwirtschaftsbetrieben Köln (AWB) ab 2019.** Der Rat hat heute beschlossen, die Vertragspartnerschaft mit den AWB bis 2033 zu verlängern. Grundleistungen und Service bei Abfallsorgung und Straßenreinigung sollen bei gleichzeitiger Gebührenstabilität ausgebaut werden. Über den Haushalt finanziert die Stadt Köln zusätzliche Reinigungsleistungen, um die Sauberkeit des Stadtbildes verbes-

sert, z.B. im Domumfeld, an den Ringen und am Rheinboulevard. Auch dieser Auftrag wird bis 2033 verlängert.

### **Stadt fördert Gründerzentrum für Computerspiel-Entwickler**

Auf rund 1.200 Quadratmetern wird am Messekreisel das „Cologne Game Haus“ entstehen: Co-Working-Spaces für neugegründete Games-Unternehmen, für Events, Workshops und Weiterbildungen. Mit diesem bundesweit ersten Gründerzentrum für Spieleentwickler soll die Games-Branche in Köln unterstützt und besser sichtbar gemacht werden. Der Rat hat hierfür eine Gründungsbeihilfe von 200.000 Euro bewilligt. Danach soll sich das Projekt durch Einnahmen und Sponsoring selbst finanzieren.